

und den Abriss von AKWs, die Neueinrichtung von Zwischenlagern, die Aufhebung der Genehmigung des Brennelement-Lagers Brunsbüttel durch das Oberverwaltungsgericht Schleswig und die Probleme bei der Rückholung des Mülls aus ASSE II. Wer uns einen langfristig sicheren Umgang mit Atommüll verspricht, muss erstmal nachweisen, dass er heute alles dafür tut, die akuten Gefahren für die Gesundheit und Sicherheit der Bevölkerung zu minimieren. Davon kann keine Rede sein. Vertrauen entsteht nicht durch Versprechungen, sondern durch überprüfbares Handeln.“

Auf Einladung von Initiativen in Nordrhein-Westfalen informiert ab dem 21. September Tom Clements von der US-amerikanischen NGO Savannah River Site (SRS) Watch auf einer Rundreise durch Deutschland über die geplanten Atommüll-Exporte in die USA.

Getragen wird der Atommüll-Alarm vom Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), ROBIN WOOD und IPPNW, der Arbeitsgemeinschaft Schacht KONRAD und der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg. Zahlreiche Initiativen im ganzen Land beteiligen sich mit eigenen Beiträgen.

Alle Informationen unter www.atommuell-alarm.info ●

Atommüll

KritikerInnen richten Online-Datenbank über Atommüll-Standorte ein

Bürgerinitiativen und Verbände unter Federführung der Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad haben am 19. September 2014 in Hannover die Online-Datenbank

www.atommuellreport.de

vorgestellt. Sie gibt an, an welchen Orten in Deutschland welcher Atommüll liegt. Die Datenbank basiert auf einer 2013 erstellten 272-seitige „Bestandsaufnahme Atommüll“ und soll Journalisten, Experten und der interessierten Öffentlichkeit als Rechercheinstrument zur Verfügung stehen. Diese bisher einmalige Übersicht wird laufend aktualisiert und soll langfristig fortgeführt werden. Sie wird ausschließlich durch Spenden finanziert.

„Der Weg zur Klärung des langfristigen Umgangs mit Atommüll fängt nicht bei der Diskussion geologischer Formationen an“, erläutert die Politikwissenschaftlerin Ursula Schönberger, die das Projekt leitet, „sondern bei der Bestandsaufnahme des Atommülls. Erst die standortscharfe Analyse macht die Komplexität des Problems deutlich und macht eine lösungsorientierte Diskussion möglich. Es wäre die Aufgabe des Bundes gewesen, eine solche Bestandsaufnahme vorzulegen“, kritisiert Schönberger, „dort wird die tatsächliche Problemvielfalt jedoch durch abstrakte Summenbilder von „wärmentwickelnden“ oder „gering wärmentwickelnden“ bzw. „konditionierten“ und „nicht konditionierten Abfällen“ kaschiert und ganze Abfallströme werden einfach wegdefiniert.“ Aktuell sei etwa das Beispiel der Castorbehälter mit Brennelementkugeln aus Nordrhein-Westfalen, die zu Forschungsmüll umdeklariert in die USA exportiert werden sollen.

Das Projekt entstand im Rahmen der Atommüllkonferenz (www.atommuellkonferenz.de), zu der betroffene Standorte, Verbände und unabhängige WissenschaftlerInnen zweimal jährlich zusammenkommen. Es soll als unabhängige, breit getragene fachliche Einrichtung auch dazu dienen, das Wissen und die Erfahrungen generationenübergreifend zu sichern.

Auf der 5. Atommüllkonferenz am 30. August 2014 in Kassel plädierte der Wirtschaftswissenschaftler Prof. Dr. Wolfgang Irrek von der Hochschule Ruhrwest dafür, bei der Atomenergie ähnlich wie bei der Kohle von Ewigkeitsfolgen und Ewigkeitskosten zu reden. Notwendig sei, die tatsächlichen Kosten transparent zu machen und ihre Deckung

Atommüll

Stille Freisetzung der Hinterlassenschaften des Atomzeitalters

Fehler und Unlogik im Konzept der Freigabe radioaktiver Stoffe in die Umwelt nach der deutschen Strahlenschutzverordnung

Das Augenmerk des öffentlichen Interesses ist bisher allein auf die Sorge um den Verbleib hochaktiven Atommülls gelenkt. Nach dem „Gesetz zur Suche und Auswahl eines Standortes für ein Endlager für Wärme entwickelnde radioaktive Abfälle (Standortauswahlgesetz – StandAG)“ vom 23. Juli 2013 wurde zur Vorbereitung eines Standortauswahlverfahrens eine „Kommission Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe“ gebildet, die sich speziell mit dieser Sorte Atommüll befassen soll. Der macht jedoch lediglich fünf Prozent der Materialien aus dem Abriss der stillgelegten Atomkraftwerke aus. Aus dem Rückbau von Atomkraftwerken fallen in den nächsten Jahren und Jahrzehnten aber auch noch viele Millionen Tonnen „geringer aktiver“, das heißt nicht wärmentwickelnder Atommüll an. Dieser wird von den Anlagenbetreibern „freigemessen“ und von den Behörden freigegeben. Unerkannt und unbemerkt von der Öffentlichkeit und praktisch nicht mehr rückholbar landet er auf Bauschutt- und Hausmülldeponien, in Müllverbrennungsanlagen, im Straßenbau, bei der Betonherstellung sowie in Hochöfen, Metallre-

durch die Betreiber insolvenzfest abzusichern. Beides wäre die Aufgabe von Politik und Betreibern, finde aber bisher nicht statt. Es bestehe die Gefahr, dass die Gewinne privatisiert, die Folgen aber sozialisiert werden. Das Portal www.atommuellreport.de liefert einen Beitrag, in diesem, wie auch anderen Bereichen Transparenz herzustellen. ●

cyclinganlagen und Gießereien. Das führt zu einer flächendeckenden Erhöhung der Strahlenbelastung und damit auch des Strahlenrisikos für die Bevölkerung. Mit der Neufassung der Strahlenschutzverordnung im Jahr 2001 wurde diese für die AKW-Betreiber billige Form der Atommüll-„Entsorgung“ stark vereinfacht und 2011 erweitert geregelt – ohne vorherige öffentliche Diskussion.

Um eine Vorstellung von den Mengen zu geben: Zum Beispiel sind bereits seit 1996 bis Mitte 2010 auf der Deponie Ihlenberg bei Schönberg, östlich von Lübeck, rund 14.530 Tonnen freigemessene radioaktive Abfälle aus dem stillgelegten Atomkraftwerk Lubmin bei Greifswald abgelagert worden. [1]

Nach Darstellung der Energiewerke Nord GmbH (EWN) fallen allein aus dem Kernkraftwerk Greifswald insgesamt 1,8 Millionen Tonnen Abrissmaterialien an. Davon werden circa 1,7 Millionen Tonnen, nämlich 1,2 Millionen Tonnen radiologisch restriktionsfreie Materialien (die bisher schon nicht den Kontrollvorschriften des Atomgesetzes unterstanden) und circa